

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Beatrix von Storch, Jürgen Braun, Petr Bystron,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/16855 –**

Das Verhältnis zwischen der EU und Israel verbessern

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist das Verhältnis zwischen der EU und Israel belastet durch eine fehlende Abgrenzung der EU gegenüber der antisemitischen BDS-Bewegung, einer einseitig diskriminierenden Kennzeichnungspflicht für Produkte aus jüdischen Siedlungen und nach Darstellung der Fraktion der AfD durch eine auf Beschwichtigung abzielende Haltung gegenüber dem islamistischen Terrorismus, wie sie insbesondere in einer nicht haltbaren Unterscheidung zwischen einem militärischen und einem politischen Arm der Hisbollah zum Ausdruck kommt. Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung im Zuge ihrer Ratspräsidentschaft auf, 1. sich für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der EU und Israel einzusetzen; 2. sich in der EU dafür einzusetzen, die Unterscheidung zwischen einem politischen Arm und einem militärischen Arm der Hisbollah aufzugeben und die Hisbollah im Ganzen auf die Terrorliste der EU zu setzen; 3. darauf hinwirken, die Kooperation zwischen den EU-Staaten und Israel insbesondere in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu intensivieren; 4. die Kommission zu veranlassen, eine umfassende Untersuchung durchzuführen und die Ausgaben und Förderprogramme dahingehend zu prüfen, inwieweit es Verbindungen zwischen geförderten Organisationen und der BDS-Bewegung oder anderen Initiativen mit gleichgerichteten Zielen gibt und das Ergebnis der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit Transparenz zu schaffen; 5. im Hinblick auf den kommenden EU-Haushalt sicherzustellen, dass jede direkte oder indirekte Finanzierung der BDS-Bewegung oder ihr nahe stehender Organisationen oder anderer Organisationen mit ähnlichen Zielen aus Mitteln der Europäischen Union verboten wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16855 abzulehnen.

Berlin, den 27. Mai 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dietmar Nietan
Berichterstatter

Dr. Anton Friesen
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Dr. Gregor Gysi
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dietmar Nietan, Dr. Anton Friesen, Bijan Djir-Sarai, Dr. Gregor Gysi und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/16855** in seiner 143. Sitzung am 30. Januar 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist das Verhältnis zwischen der EU und Israel belastet durch eine fehlende Abgrenzung der EU gegenüber der antisemitischen BDS-Bewegung, einer einseitig diskriminierenden Kennzeichnungspflicht für Produkte aus jüdischen Siedlungen und nach Darstellung der Fraktion der AfD durch eine auf Beschwichtigung abzielende Haltung gegenüber dem islamistischen Terrorismus, wie sie insbesondere in einer nicht haltbaren Unterscheidung zwischen einem militärischen und einem politischen Arm der Hisbollah zum Ausdruck kommt. Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung im Zuge ihrer Ratspräsidentschaft auf, 1. sich für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der EU und Israel einzusetzen; 2. sich in der EU dafür einzusetzen, die Unterscheidung zwischen einem politischen Arm und einem militärischen Arm der Hisbollah aufzugeben und die Hisbollah im Ganzen auf die Terrorliste der EU zu setzen; 3. darauf hinwirken, die Kooperation zwischen den EU-Staaten und Israel insbesondere in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu intensivieren; 4. die Kommission zu veranlassen, eine umfassende Untersuchung durchzuführen und die Ausgaben und Förderprogramme dahingehend zu prüfen, inwieweit es Verbindungen zwischen geförderten Organisationen und der BDS-Bewegung oder anderen Initiativen mit gleichgerichteten Zielen gibt und das Ergebnis der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit Transparenz zu schaffen; 5. im Hinblick auf den kommenden EU-Haushalt sicherzustellen, dass jede direkte oder indirekte Finanzierung der BDS-Bewegung oder ihr nahe stehender Organisationen oder anderer Organisationen mit ähnlichen Zielen aus Mitteln der Europäischen Union verboten wird.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16855 in seiner 93. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16855 in seiner 55. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16855 in seiner 65. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16855 in seiner 58. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 27. Mai 2020

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dietmar Nietan
Berichterstatter

Dr. Anton Friesen
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Dr. Gregor Gysi
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

